

22.03.2007

Alexander Ulrich, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, Diether Dehm

BERLINER GEGENERKLÄRUNG

Die „Berliner Erklärung“ der Kanzlerin am 25.3.07 dürfte wohl eher ein „Berliner Verschweigen“ werden. Alle Signale deuten darauf hin, dass sie bis zum Ende ihrer EU-Ratspräsidentschaft eine Roadmap durchsetzen will. Danach soll die französische Ratspräsidentschaft auf die Verabschiedung des gescheiterten Verfassungsvertrages, diesmal zerlegt in mehrere unübersichtliche Teile und Verträge, drängen. Erhalten wird nicht der Wortlaut, sondern die aufrüstungsfixierte und neoliberale Substanz. Sie soll dann ohne Volksabstimmungen durchgedrückt werden. Selbst in jenen Ländern, die zunächst, wenn auch mit niedriger Beteiligung, zugestimmt hatten, weiß die Bundesregierung: die Mehrheit ist dahin. Ausgerechnet die Regierung eines Landes, in dem keine Volksabstimmung über den europäischen Verfassungsvertrag vorgesehen ist, versucht demokratische Referenden anderer Länder auszuhebeln. Wenn die neoliberale Elite mit ihren Akzeptanzmanagern einen solch kalten Putsch betreibt, soll sie sich hernach nicht wundern über Resignation in der Bevölkerung, über die Hinwendung zu undemokratischen, nationalistischen Positionen.

Wir fordern:

- Ein Ende der Geheimdiplomatie!
- Europaweite Volksabstimmungen über eine europäische Verfassung!
- Statt Aufrüstungsgebot, das Angriffskriegsverbot des Grundgesetzes und der UN-Charta!
- Statt Neoliberalismus im Verfassungsrang, die Sozialstaatsregelung unseres Grundgesetzes und die sozialen Menschenrechte der UN-Charta!

Nur so bekommt die EU die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, um aus der Sackgasse der G8-Globalisierer herauszukommen.

Unterzeichner/innen

Daniela Dahn (Schriftstellerin); Dr. Diether Dehm (MdB, DIE LINKE.); Katja Ebstein (Sängerin); Dr. Gregor Gysi (MdB Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.) , Prof. Dr. Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler); Oskar Lafontaine (MdB, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.); Dr. Manfred Maurenbrecher (Liedermacher); Reinhard Mey (Liedermacher); Peter Sodann (Schauspieler); Henning Venske (Autor, Schauspieler, Kabarettist); Alexander Ulrich (MdB, Obmann für DIE LINKE. im EU-Ausschuss); Konstantin Wecker (Liedermacher) u.v.a.

K O M M E N T A R :

In ihrer „Berliner Gegenerklärung“ vom 22. März 07 (die gegen die „Berliner Erklärung“ der Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin gerichtet ist) fordern die Abgeordneten der Linksfraktion Alexander Ulrich, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Diether Dehm „Europaweite Volksabstimmungen über eine europäische Verfassung!“ Das EU-Verfassungsprojekt habe eine „aufrüstungsfixierte und neoliberale Substanz“. Die linken Abgeordneten erinnern an das Angriffskriegsverbot, die Sozialstaatsregelungen und die sozialen Menschenrechte gemäß Grundgesetz und UNO-Charta. Abschließend heißt es: „Nur so bekommt die EU die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, um aus der Sackgasse der G8-Globalisierer herauszukommen.“ Diese Aussage ist missverständlich. Kann es andere wirklich demokratische „verfassungsrechtliche Voraussetzungen“ der EU geben als die demokratischen Verfassungen der souveränen Mitgliedsländer? Der Abgeordnete Alexander Ulrich möchte die „Berliner Gegenerklärung“ als Werbung für eine „demokratische, soziale und friedliche EU“ verstanden wissen. Soll das heißen, dass ausgerechnet die Linke der kapitalistischen EU aus ihrer „Sackgasse“ mangelnder demokratischer Legitimierung herauszuhelfen hat? Die riesige Herausforderung der Linken in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist doch in Wirklichkeit der Verfall der nationalstaatlichen Demokratie, der von den Macheliten „über Brüssel“ betrieben wird! Das Thema wird gegenwärtig leider vor allem von Konservativen besetzt: „Europa entmachtet uns und unsere Vertreter - Bundespräsident a.D. Roman Herzog und Lüder Gerken, Direktor des Centrums für Europäische Politik, schlagen Alarm: Immer mehr Entscheidungen deutscher Politik werden in Brüssel vorbestimmt. Ist Deutschland noch eine parlamentarische Demokratie?“ Unter dieser Überschrift wurde am 17. Februar in „Die Welt“ eine Debatte angestoßen (http://www.welt.de/dossiers/eu-macht/article720463/Europa_entmachtet_uns_und_unsere_Vertreter.html) „Mehr Demokratie“ ist eine klassische Forderung der Arbeiterbewegung. Gegenwärtig scheint dieses Thema vor allem von konservativen und „zivilgesellschaftlichen“ Kräften besetzt, die der EU, dem „Direktorat der einflussreichsten neoliberalen und militaristischen Mächte“, den betrügerischen Schein einer demokratischen Legitimierung verleihen möchten, die quasi den Tiger als Vegetarier durchgehen lassen wollen. Dagegen sollte die Linke auf nationalstaatlicher Bundesebene Volksentscheide, Volksbegehren, Volksbefragungen fordern.

Klaus von Raussendorff